

Die Gründung der SVIL verstehen

zuhanden der Diskussion 100 Jahre SVIL vom 26. Oktober 2018 im Zürcher Rathaus

Innenkolonisation heisst Landgewinnung und Verbesserung der Bodengrundlage durch Reorganisation der Bodenkultur im eigenen Land. Ausgangslage war die 1917/18 eingetretene Versorgungskrise mit Lebensmitteln. Diese wurden seit Jahrzehnten nicht mehr für die Versorgung ausreichend im eigenen Land produziert und deshalb importiert. Nun brach dieser Import unerwartet ein.

Mit der Industrialisierung nahm die Einwanderung zu. Ein bisher nicht bekanntes starkes Wachstum der Städte setzte ein. Die eigene landwirtschaftliche Produktion brach ein und wurde durch Nahrungsmittelimporte immer mehr ersetzt. Denn sie war zu teuer geworden aufgrund der billigeren Importe infolge der Transportrevolution. Zudem hatte die starke Industrialisierung das inländische Kostenumfeld ansteigen lassen. Die inländische Landwirtschaft wurde, bedingt durch das ansteigende Kostenumfeld, daher teurer, während die Importpreise sanken und den inländischen Markt eroberten. Der Import der Nahrungsmittel galt als festes Element des allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritts.

Der jähe Zusammenbruch dieses festen Elementes legte mit einem Schlag die sich stellende Lebensfrage offen: *Was soll der ganze Fortschritt, wenn der erhoffte Wohlstand durch eine sichere Versorgung gar nicht erreicht wird, sondern die Hungersnot nach wie vor zurückkehrt?*

Der Grund, dass es zu diesem Konflikt kam, war nicht wirtschaftliche Rückständigkeit und Unterentwicklung, wie man heute meint, sondern es war ausdrücklich eine *unerwartete Nebenwirkung* des wirtschaftlichen Exporterfolgs der Industrie und der Arbeitsteilung. Danach produzieren die einen Industriegüter und die anderen Nahrungsmittel, die dann zum gegenseitigen Vorteil getauscht werden sollten — von dieser Annahme ging man aus. Das ist so nicht eingetroffen und hat Fragen aufgeworfen:

- *Wie weit* darf man sich auf die zwischenstaatliche Arbeitsteilung verlassen?
- *Warum* führt Industrieentwicklung zu Kriegen, von denen der Erste Weltkrieg im Ergebnis zur Versorgungskrise bei den überlebenswichtigen Nahrungsmitteln geführt hat?

Die ökonomisch-politischen Auseinandersetzungen des Ersten Weltkriegs zeigten, dass sich die Unfähigkeit eines Landes, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen, verheerend auswirkt. War demnach das Preissignal irreführend? War es falsch, die Landwirtschaft des eigenen Lebensraumes brachzulegen, weil sie teurer als die Importware war? Denn das steigende Kostenumfeld war ja die Folge der wachsenden Industrieexporte und des folglich ebenso steigenden repatriierten Kapitals, welches die Immobilienpreise deutlich anhob.

Bricht nun der Import ein, kommt an den Tag, dass die Lebensmittelproduktion viel enger mit den Bedingungen der Natur verzahnt ist als die Industrie. Einmal brachgelegt oder extensiviert — kann im Konfliktfall die eigene Lebensmittelproduktion nicht innert Frist hochgefahren werden, wie das in der Industrie möglich ist. Die Versorgung mit industriellen Rüstungsgütern von irgendwoher war offenbar das kleinere Problem. *Die Existenzbedingungen des Menschen selbst lassen bei Strafe des Hungers keinen Spielraum zu!* Entweder sind im Inland genug Boden und Produktionsmittel für eine ausreichende Lebensmittelproduktion vorhanden oder aber die Nahrungsmittel müssen gegen Industrieexport eingetauscht werden. Dann aber zeigt sich, dass zwar der Industrieexport die wirtschaftlichen Mittel für den Nahrungsmittelimport liefert, *jedoch dadurch keine Lieferpflicht eingehandelt werden kann.* Das musste auch Deutschland im Ersten Weltkrieg erfahren. Obwohl es sich nicht mehr selbst ausreichend versorgen konnte, unterband die Entente Nahrungsmittellieferungen nach Deutschland. Bei diesem Vorgehen sind *auch* die von der Schweiz bezahlten Getreideimporte in Genua beschlagnahmt und nach Osteuropa umgeleitet worden.

Das heisst, ein Land, das im Rahmen der wirtschaftlichen Arbeitsteilung freiwillig auf den billigeren Nahrungsmittelimport ausweicht, setzt sich einem Lebensrisiko aus.

Der Schock der Ernährungskrise von 1917/18 und der daraus gefasste Reformwille, die Ernährung wieder im eigenen Land in einem veränderten wirtschaftlichen Umfeld neu aufzubauen, war ein modernes Reformprojekt. Es war kein Heimatschutz vergangener Strukturen. Das wird heute gerne so dargestellt, um die Agrarpolitik als Rettungsversuch nicht mehr zeitgemässer Strukturen abzutun und als wichtigen wirtschaftlichen Reformbeitrag von der politischen Agenda zu streichen.

Elektrizität im Stall, Mechanisierung, Motorisierung, Bodenverbesserung, Anpassung der Schlaggrößen an neue technische Möglichkeiten durch Felderregulierungen, Neukonzeption der Wegerschliessungen etc. etc. bis zu den staatlichen Forschungsstellen, die die Landwirtschaft im Pflanzenbau mit neuen Sorten und Saatgut und in der Tierhaltung unterstützen, das waren die neu gefassten Entwicklungsziele. *Die dabei neu erlassenen Zölle auf importierte Lebensmittel waren nicht defensive Schutzzölle, um ökonomisch rückständige Strukturen zu schützen, sondern die Zölle wurden, wie schon früher in der Industrie notwendig und erfolgreich angewandt, als «Erziehungszölle» eingeführt, um die Entwicklung der inländischen Landwirtschaft wirksam vorantreiben zu können.*

Mit diesem *innenkolonialisatorischen Programm* war auch die ökonomische Einsicht verbunden, dass die Lebensmittelproduktion an natürliche Reproduktionsvoraussetzungen gebunden ist und bleibt. Die Möglichkeit der räumlichen Arbeitsteilung nach dem Modell des komparativen Kostenvorteils ist an diesen lebensräumlichen Gegebenheiten gescheitert. *Es gibt heute (noch) keine Parität der Wertschöpfung zwischen Zonen, die sich einerseits auf die Industrie, andererseits auf die Landwirtschaft spezialisieren. Deshalb ist die Ernährung für ein Industrieland, das seine Landwirtschaft auslagert, unsicher.*

Die Innenkolonisation ging davon aus, dass die Versorgungskrise systemisch ist und weder durch externe Kolonisation noch durch internationale Arbeitsteilung zwischen Industrie und Landwirtschaft beseitigt werden kann. Es braucht innerhalb der Volkswirtschaft bzw. dem Währungsraum ein *Binnengleichgewicht*, wobei Landwirtschaft und Industrie eine volkswirtschaftliche Einheit bilden.

Dann muss aber der ökonomische Konflikt gelöst werden, warum die Landwirtschaft im Industriestaat nicht überleben kann. Gegenüber der Industrie kämpft die Landwirtschaft ständig gegen sinkende Einkommen. Das liegt an den unter-

schiedlichen Produktions- und Wettbewerbsbedingungen zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Industrie kann zusammen mit steigendem Rohstoffverbrauch die Produktion ständig ausdehnen und für den Absatz immer weiter diversifizieren. Die Kreditschöpfung aus dem Nichts gepaart mit zunehmendem Rohstoffverbrauch ermöglicht auch ein Wachstum der Gewinne. Das gilt aber nicht für die an den Ernährungsstoffwechsel gebundene Landwirtschaft, die zwischen den für die Produktion entscheidenden Naturgegebenheiten und dem durch den menschlichen Magen begrenzten Konsum eingebettet bleibt. Das heisst, die Landwirtschaft bleibt gegenüber der Wachstumsspirale von Industrie und Dienstleistung immer mehr zurück und macht deshalb heute weniger als 1 Prozent am BIP aus. Diese enorme Verschiebung zu einer derart unterschiedlichen Wertschöpfung zeigt sich auch in der Preis-Kosten-Schere. Die vorgelagerten industriellen Produktionsmittelpreise und die nachgelagerten industriellen Verarbeitungskosten steigen ständig, während die Produzentenpreise der Landwirtschaft dauerhaft sinken. Das ist die Folge *dieser* historisch gewachsenen unterschiedlichen Gegebenheiten und nicht das Ergebnis einer ökonomischen Rückständigkeit der Landwirtschaft. Deshalb nützt heute der ständige Ruf nach mehr Wettbewerb in der Landwirtschaft nichts, weil das Problem in den heute völlig verschiedenen Bedingungen der Wertschöpfung in Landwirtschaft und Industrie begründet ist.

Die der Not vorbeugenden Klärung dieser Unterschiede liegt nicht im Interesse der heutigen etablierten Wachstumswirtschaft. Bereits die Agrokonzerne machen die erwähnten Unterschiede zu Gunsten des Wachstums unwirksam, indem sie die natürlichen Reproduktionsvoraussetzungen mit immer mehr Hilfsstoffzufuhr, Zuchttechnologien etc. durchbrechen. *Es ist globale Praxis geworden, die Landwirtschaft der Industrie immer mehr anzugleichen mittels Input nichterneuerbarer Hilfsstoffe, welche immer mehr die natürliche Reproduktion ausser Kraft setzen.* Das heisst, die Reproduktionsvoraussetzungen der Natur werden aufgebrochen und der industriellen Fabrikationslogik angepasst. Die unterschiedlichen Produktions- und Wettbewerbsbedingungen zwischen Industrie und Landwirtschaft werden dadurch *scheinbar* eingeebnet. Dabei werden die natürlichen Reproduktionsvoraussetzungen laufend verschlechtert und die Produktion kann nur mit Einsatz von weiteren Hilfsstoffen aufrechterhalten werden. Zusätzlich zu den Hilfsstoffen, wo die natürlichen Wachstumsvorgänge dem beschleunigten industriellen Wachstum anzupassen versucht wurde, wird mit direkten Eingriffen in das Erbgut das gleiche wachstumsökonomische Nahziel angestrebt. Wie bei den Hilfsstoffen sind die erreichten Ergebnisse auf der Ebene der Wirtschaftlichkeit zumindest kurzfristig möglich, jedoch mit den natürlichen Reproduktionsbedingungen, wie sich deutlich gezeigt hat, nicht kompatibel. *Die Hilfsstoffe haben zur Degradierung der Böden als komplexes Biotop geführt und die Eingriffe in das Erbgut sind in ihrer Langzeitwirkung noch unbekannt.*

Damit wird klar, dieser Weg einer betont hilfsstoffbasierten extraktiven Landwirtschaft, welche die natürlichen Reproduktionsbedingungen fortwährend verschlechtert, unterscheidet sich diametral vom innenkolonialisatorischen Reformprojekt, welches die Versorgungssicherheit des eigenen Lebensraumes, also die natürliche Reproduktion und die Erhaltung dieser eigenen Lebensgrundlage *vor* alle Kapitalrendite im heutigen Verständnis stellt. Denn heute beruht die *Kapitalrendite zwingend auf Naturausbeutung, anstatt dass die Kapitalbildung durch Einsparung von Arbeit und Stoffdurchsatz ohne Verschleiss und Degradierung der Naturgrundlage voll zum Tragen kommt.* *Die Innenkolonisation strebt gemäss Letzterem eine Intensivierung der einheimischen Produktion auf erneuerbarer Grundlage an. Die Produktion soll nicht durch Hilfsstoffe und Raubbau an der Bodengrundlage gesteigert werden sondern durch Erweiterung*

und Verbesserung der Bodengrundlage (z.B. Kolmatierungsmeliorationen), die Umkehr des Humusverlustes und Reorganisation der Betriebsstrukturen der berufsbäuerlichen Landwirtschaft — durchaus auch mit mehr Arbeitskräften. Denn die Versuche, die Landwirtschaft nach industriellem Muster zu betreiben, sind aus wirtschaftlichen Ertragsgründen im 19. Jahrhundert deutlich gescheitert, was in Europa nach der Agrarkrise im Ergebnis des Ersten Weltkriegs praktisch überall zu einer Stärkung der berufsbäuerlichen Familienbetriebe im Gegensatz zu den defizitären industriellen Pachtbetrieben geführt hat. *Der Familienbetrieb ist eine Organisationsweise der Lebensmittelproduktion, welche einerseits die natürliche Reproduktionsgrundlage am besten und nachhaltigsten nutzt und andererseits konstante Erträge bei hoher Qualität erlaubt. Es ist das, was der Weltagrarbericht nochmals bestätigt hat, jedoch bei denjenigen, die sich nur für den herkömmlichen Kapitalerwerb interessieren ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der an der Naturgrundlage arbeitenden Landwirtschaft, keine Beachtung findet.*

Um aber die Reproduktion zu stärken, die Naturgrundlage zu schützen und sogar zu erweitern, braucht es mehr Verständnis über diese *Lebenszusammenhänge*. Dabei ist es hilfreich, wenn man zwischen der Reproduktion auf *erneuerbarer* Grundlage und der industriellen Produktion auf *nichterneuerbarer* Grundlage unterscheidet. Oder um es nochmals auf eine andere Ebene zu heben: Sollen blühende fruchtbare Landschaften entwickelt bzw. kultiviert werden, um die Naturgrundlage zu erweitern, oder geht es darum, Kapitalrenditen zu erwirtschaften, auch wenn damit unsere Naturgrundlage ausgezehrt wird?

Wenn also die Naturgrundlage erweitert wird, indem die Böden wieder ihre natürliche Fruchtbarkeit zurückgewinnen und durch entsprechende Pflege ihre natürliche Fruchtbarkeit sogar steigern können, dann wird die Existenzgrundlage der Natur erweitert und sicherer.

Die extraktive Landwirtschaft, welche demgegenüber dem industriellen Muster folgen will, kann ihre Produktivität nur durch die Steigerung des nichterneuerbaren Hilfsstoffeinsatzes erhöhen. Das ist letztlich nicht zukunftsfähig. Diese Steigerung beruht auf dem irritierenden Vorgang, dass endliche Ressourcen durch die Möglichkeit, ihren Abbau beinahe beliebig zu beschleunigen, den Status einer natürlichen erneuerbaren Reproduktionsgrundlage *vortäuschen*. Die Volkswirtschaft befindet sich dadurch in einem permanenten Ungleichgewicht, das einen fortlaufenden Wertausgleich mittels Wachstums durch zusätzlichen Naturverbrauch erfordert. *Eine nachhaltige Entwicklung, welche im Gleichgewicht mit der Naturgrundlage bleibt, beruht auf Rationalisierung, also technologischem Fortschritt zur Einsparung von Arbeit und Stoffdurchsatz bei gleichem Versorgungsniveau, und ohne dass der Ressourcenverbrauch ständig erweitert werden muss.* Also kein Zurück zur Austerität. Im Gegenteil, hierin, also in der fortschreitenden Kapitalbildung durch Einsparung von Arbeit und Stoffdurchsatz liegt das nachhaltige Potential für Wachstum, wobei transparent wird, was von der volkswirtschaftlichen Leistung verteilt werden kann, *ohne* dass unsere Umwelt zerstört werden muss. Und schliesslich kann dieses Rationalisierungspotential in verschiedene Richtungen genutzt werden:

- zur Bewirtschaftung und Pflege einer Erweiterung der Naturgrundlage,
- zur Weiterentwicklung der Forschung, des Wissens, der Industrie und einer nachhaltigen Konsumgüterversorgung,
- zur Sicherung aller Lebens- und Pflegebereiche aus der erbrachten wirtschaftlichen Gesamtleistung,
- zum weiteren Ausbau der Dienstleistungen,
- zur Förderung von Kunst und Kultur.

Unter solchen Voraussetzungen werden die industriellen Produktionsmittel für die Landwirtschaft nicht mehr generell teurer, sondern nach Massgabe der Rationalisie-

rung der Produktionsmittelherstellung tendenziell immer billiger. Die Landwirtschaft verarmt nicht mehr, sondern kann im Gegenteil ihre Pflege der Naturgrundlage ständig verbessern und ausdehnen. Dies beinhaltet jedoch eine umfassende Wirtschaftsreform, wie wir bereits skizziert haben und wie sie bei den innenkolonialisatorischen Debatten immer wieder angesprochen wurde.

Es ist das eigentliche Thema der Innenkolonisation: eine wirtschaftlich industrielle Entwicklung in einem Gleichgewicht mit der begrenzten Naturgrundlage zu ermöglichen und dazu auch die Möglichkeit zu nutzen, die Naturgrundlage zu erweitern.

Die *ungelösten* Fragen um die Kapitalverwertungsinteressen der Wachstumswirtschaft und den daraus resultierenden Konflikten mit der Naturgrundlage, die Interessengegensätze mit der Finanzindustrie und der Immobilienwirtschaft *im Bereich der Raumentwicklung und des Bodenrechts*, in der Frage etwa, dass der Boden eben im Kontext von Produktion und Reproduktion *keine* Handelsware sein kann – zeigten bereits in den dreissiger Jahren grosse Schwierigkeiten, die innenkolonialisatorische Reform voranzubringen. Der billigere Import von Nahrungsmitteln war nach herkömmlichem Wirtschaftsverständnis besser geeignet, die Einkommen bzw. die angespannte Ertragslage in der Wirtschaftskrise zu entlasten. Der unmittelbar aufziehende Zweite Weltkrieg und die Sorge der Bevölkerung, sich ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, *bewirkte zwar nochmals durch den kriegswirtschaftlichen Anbauplan Wahlen – der auf den sog. «Kulturlandkataster» der SVIL zurückgriff – einen Aufschub.* Aber ab den 50er Jahren und definitiv in der Erfahrung des konjunkturellen Wachstums der 60er Jahre löste sich das Interesse der Industrie an der Innenkolonisation mit ganz wenigen Ausnahmen auf. Die Innenkolonisation schrumpfte zum «Mauerblümchendasein», wie der Gründer der Innenkolonisation, Prof. Hans Bernhard, bereits 1936 beklagte. Die Konjunktur zog nach dem Zweiten Weltkrieg kräftig an und das wirtschaftliche Wachstum liess *die Frage der Knappheit der Ressourcen als obsolet erscheinen.* Es herrschte das '50er-Jahre-Syndrom', das darin besteht, das Wachstum der Wirtschaft mit einem exzessiven Verbrauch an nichterneuerbaren Rohstoffen zu entfesseln und dies ausschliesslich als «eigene Leistung» zu verstehen. Dabei war der monetär ausscheidbare Kapitalgewinn nichts anderes als die direkte Funktion des steigenden, in wirtschaftliches Wachstum transponierten Erdölverbrauchs.

Die dabei eingehandelten Konflikte sollten in ihrer heutigen Ausprägung jedoch Anlass für eine Neueinschätzung des innenkolonialisatorischen Ansatzes sein.

*

Man vergegenwärtige sich demgegenüber die Situation vor 100 Jahren: Die Menschen leisten ihr Arbeitspensum in der Industrie. Auf einmal geht das Essen aus und niemand ist dafür verantwortlich! Der ausbezahlte Lohn sollte genügen, auch wenn es dafür keine Lebensmittel mehr zu kaufen gibt.

Heute hat jeder Migrant Anspruch versorgt zu werden, und jene Kreise, die vor hundert Jahren dieses Recht für die «Eigenen», die gearbeitet haben, bestritten haben, billigen es heute demonstrativ jedermann zu. Bedenken und Fragen, *wessen* Leistung hier verteilt und ob das letztlich aufgeht, werden als politisch nicht korrekte Frage mit dem Tadel zurückgewiesen, es sei der Geiz der zu kurz Gekommenen, die sich dafür zu schämen hätten. Der Bergier-Bericht hat wesentlich zu dieser medial geförderten Unkultur, die Volksseele ständig anzuklagen, beigetragen. 1939, gut zwanzig Jahre nach der Hungerkrise von 1918, hat sich das Volk mit allem Recht die Frage gestellt, ob die Ernährungsgrundlage ab 1939 und in den Folgejahren ausreicht? *Dass diese lebensnahe Frage für die Bergier-Kommission ein Tabu war, zeigt die politische Spannung,*

die in der Frage des noch tragbaren Verhältnisses zwischen der Bevölkerungszahl und der zugehörigen Boden- und Naturgrundlage nach wie vor steckt: Denn es geht um den notwendigen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Die industriellen Gründungsmitglieder der Innenkolonisation der SVIL haben 1917/18 bereits den Arbeitsfrieden der dreissiger Jahre vorbereitet, gegen die reine Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse sich zur freien und solidarisch organisierten Wirtschaft bekannt, Lösungen zur Ernährungs- und zur Wohnungsfrage aufgezeigt, dies aus der unternehmerischen Erfahrung, dass auch Innovation, Erfindungsgeist und Wettbewerbsfähigkeit der Belegschaft damit zusammenhängen.

Neben der Ernährungsfrage war deshalb zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Wohnungsfrage ein Hauptanliegen der Innenkolonisation. Die Industriearbeiter vor hundert Jahren waren aus der Landwirtschaft abgewanderte Landbevölkerung. Der Ersatz für das verlassene bescheidene ländliche Wohnen fand sich meist nur im Mietwucher, es sei denn, dass der 'workman of Nänikon', der nach Uster in die Fabrik ging, eben in Nänikon seine Kleinlandwirtschaft als Heimstätte im Rücken behielt. Dieses krisenfeste Muster hat der Engländer John Stuart Mill auf einer Reise durch die Schweiz dem englischen Parlament berichtet und dabei die zu klärende Frage beantwortet, warum die damals technisch noch rückständigere Schweizer Textilindustrie dennoch konkurrenzfähig gegenüber dem englischen Tuch war. *Stabilität* war Thema des innenkolonialisatorischen Reformmodells, der entwurzelten Industriearbeiterschaft wieder einen existenzsichernden Bodenbezug zu geben und diese Wohnform auch mit Pflanzgarten und Kleintierhaltung zu verbinden.

Selbstverständlich geht es nicht mehr darum in ein überlebtes Selbstversorgertum zurückzufallen. *Jedoch muss die moderne arbeitsteilige Wirtschaft wieder in ein Gleichgewicht der Raum und Gemeinwohl sichernden Lebenszusammenhänge finden. Das ist das Thema der «Binnenkolonisation».*

Die Industrie hatte kein Interesse, dass die Immobilienspekulation sich über erhöhte Mietzinse an den sauer verdienten Erträgen der Industrie auf eine bequeme Weise bereicherte. Mit anderen Worten, die Industrie hatte damals die Agglomerationsentwicklung als wettbewerbsbehindernden Kostenfaktor erkannt und ausdrücklich eine «Raumordnung» verlangt. Die bodenverbundenen Wohnformen wurden zu Selbstkostenpreisen als Wohn- und Grundeigentum an ihre gut ausgebildete Belegschaft übertragen. Boden sollte keine Ware sein.

Der Kraftwerkbau und die Infrastrukturen in den 20er Jahren und fortfolgend machten weitreichende Bodeneingriffe und sogar Umsiedlungen nötig.

Damit wurden die Bodeneingriffe über den Landrechteerwerb mit der Erneuerung der landwirtschaftlichen Erschliessung, den Landzusammenlegungen und Neubesiedlungen kombiniert. Auch hier gibt es eine Gemeinsamkeit zwischen dem öffentlichen Interesse an den das Land querenden Infrastrukturen und dem öffentlichen Interesse an der Ernährungssicherheit. Diese Errungenschaften der Innenkolonisation werden in der aktuellen Privatisierungsdoktrin von McKinsey vernachlässigt.

Die Energieversorgung wie die Ernährung waren jedoch für die eigenständige, wirtschaftlich unabhängige Entwicklung als rohstoffarmes Land zentral.

Damit war auch der Wirtschaftsraum als Lebensraum Gegenstand raumplanerischer Überlegungen im ersten eidgen. Siedlungsgesetz der SVIL von 1919, welches die SVIL für den Bundesrat vorschlug. Es ging um die Stärkung der Dezentralität der Siedlungsstruktur als effiziente, wenig Ressourcen verzehrende Reproduktionsbasis. Es ging um

den Schutz des Kulturlands vor weiterer zuwanderungsbedingter Verstädterung, um den Neubau erforderlicher raumquerender Infrastrukturen zu kombinieren mit den Instrumenten zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturen. Und es ging darum, diese Instrumente auch beim Landbedarf für den Ausbau der Wasserkraft zu nutzen. Man darf diese Art der Machbarkeit der Modernisierung mit kurzen Wegen, dezentralen Strukturen, geringen Verwaltungskosten und die stete Kombination des Bodenbedarfs raumgreifender Infrastrukturen mit partizipativen Strukturen der Grundeigentümer als einen der entscheidendsten Beiträge zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz nicht völlig übersehen, wie das der heutige Zeitgeist tut.

Der innenkolonialisatorische Reformimpuls der SVIL beruht deshalb auf zwei Hauptanliegen:

- 1. den mit der Industrialisierung zusammenhängenden Trend zu einer bodenlosen Massengesellschaft wieder in ein stabiles Gleichgewicht zu bringen. Von den Gründungsmitgliedern der SVIL wurde beschlossen, die Ernährung wieder im eigenen Lebensraum zu sichern, den technischen Möglichkeiten entsprechend berufsbäuerlich zu organisieren und die Strukturverbesserung voranzutreiben und**
- 2. durch Strukturverbesserung in der Landwirtschaft und durch die bessere Nutzung der Bodengrundlage ein neues stabiles Verhältnis zwischen der erhöhten Bevölkerungszahl und der durch die Innenkolonisation erweiterten Naturgrundlage zu finden.**

*

Sind wir heute in der Lage das Erreichte stabil zu unterfangen?

Die Entwicklung zeigt heute, wie die kleinräumliche, dezentrale Siedlungsstruktur der Schweiz massiv überschichtet und mit immer mehr Zuwanderung in eine masslose Metropolisierung hinübergleitet. Das Land wird bis zur Unkenntlichkeit überbaut und die Frage, wie eine solche im Vergleich zur Bodengrundlage überhöhte Bevölkerungszahl versorgt werden kann, wird als Abschottung stigmatisiert. *Der lebensnotwendige Stoffwechsel der angestammten Lebensräume mit der eigenen Naturgrundlage wird heute gesprengt zu Gunsten einer globalräumlichen Arbeitsteilung. Dabei war der Export eine notwendige Antwort auf die Rohstoffknappheit, um die Bedürfnisse im Inland decken zu können. Andererseits hat sich gerade durch den sehr hohen Anteil an repatriiertem Kapital im Verhältnis zur geringen besiedelbaren Fläche in der Schweiz eine Hochpreissituation herausgebildet, welche einerseits im Inland den Metropolisierungsprozess anheizt, aber dadurch andererseits die Konkurrenzfähigkeit im Export immer mehr belastet.*

Wie kann sich das Land dereinst versorgen, wenn der Export schwächelt? Wie kann die Exportfähigkeit gesichert werden, wenn das Kostenniveau im Landesinneren durch das Immobiliengeschäft ständig steigt? Das bisherige fordistisch geprägte Produktions- und Konsummodell gerät in ein aufreibendes Hamsterrad kaum mehr senkbarer Kosten, mit ständig sich erhöhenden Anforderungen an die Innovation parieren zu müssen. Dabei verlagert sich auch die industrielle Produktion nach dem globalen Zentrum-Peripherie-Modell zunehmend in die Weltperipherie. Metropolisierung der entwickelten Zentren, Wandel der Wirtschaft zu globaleren Strukturen und Digitalisierung bewirken auch einen Wandel bei den KMU.

Gleichzeitig wird die Forderung erhoben, bis in wenigen Jahrzehnten müsse die Schweiz wirtschaftlich CO₂-neutral betrieben werden können, und ebenso wird behauptet, das Ressourcenproblem sei mit der «räumlichen Verdichtung» lösbar. Reformankündigungen, deren Rechnung nicht aufgehen kann. Denn wovon lebt die Schweiz in Zukunft?

Die Verlagerung der Landwirtschaft ins Ausland bedingt einen ständigen Export von Gütern, um die Lebensmittel beschaffen zu können. Abgesehen von der besprochenen Liefersicherheit stellt sich die Frage, ob dazu 0.5% des BIP ausreichen? Denn wenn darin eine systematische Unterbezahlung steckt, die Verwendung von Hilfsstoffen aus Gründen der Gesundheit und der Nachhaltigkeit durch angepasste Produktionsmethoden ersetzt werden müssen, dann ist eine Umschichtung der Kosten unvermeidlich. Dazu kommt die Frage, ob die komplementären 99.5% einer volkswirtschaftlichen Wertbildung entsprechen, die langfristig Bestand hat.

Die Innenkolonisation geht davon aus, dass ein Wertgleichgewicht zwischen Produktion und Konsum bestehen muss. Was importiert wird, muss durch Export ausgeglichen werden. Es ist deshalb naheliegend, dass die Erträge aus dem Export nicht — wie das aktuell geschieht — *in ein Agglomerationswachstum abfliessen dürfen, das zu seiner Finanzierung nach einer ständigen Steigerung des Exportes verlangt*. Die Immobilien-tätigkeit macht zeitweise bereits die Hälfte am wirtschaftlichen Wachstum aus und führt zusammen mit einer inzwischen stets sinkenden Produktivität zur finalen Verstärkung der Schweiz. Es ist offensichtlich, dass zu diesem Wachstum die Ressourcengrundlagen in der Schweiz *nicht* vorhanden sind. Warum wird dennoch an dieser Form des Verschleisses festgehalten?

Die SVIL hat an ihrem Symposium 1996 an der ETH unter dem Titel, «Verliert die Schweiz den Boden unter den Füßen» diese innenkolonialisatorische Grundfrage nochmals gestellt.

Der heutige Ruf nach völliger Grenzöffnung im Bereich der Ernährung geht in die Gegenrichtung. Es birgt in sich auch den Widerruf auf den Nationalstaat, denn es verhindert das lebensnotwendige Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum zu Gunsten der weltweit weiter wachsenden Finanzialisierung allein im Interesse gigantischer Geldvermögen ohne jeden Bezug zur Realwirtschaft: zum Schaden der Unabhängigkeit und zum Schaden einer stabilen industriellen und eigenständigen Volkswirtschaft.

Der kurze Abriss zur Geschichte und Notwendigkeit der innenkolonialisatorischen Reform soll der **Klarheit und Einigkeit über das Gründungsanliegen der SVIL und dem klaren Blick in die Zukunft dienen.**

HB 20.09.2018